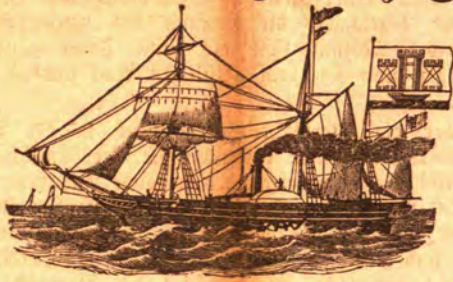


Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark.
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind **spätestens** bis Nachmittag 2 Uhr
einzuliefern
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 208.

Memel, Freitag, den 6. September.

1878.

Die Technik der Parlamente.

II.

Die erste Kundgebung seiner Selbstherrlichkeit, seines Hausrechtes liegt für das Parlament in der Wahl des Präsidiums. Bei der immerhin nicht unbedeutenden diskretionären Gewalt, welche dem Präsidium bewohnt, ist es geboten, an die Spitze der Volksvertretung Männer zu stellen, welche allgemeines persönliches Vertrauen genießen und durchaus geschäftskundig sind. Ein geschäftskundiger Präsident weiß die Debatten unbemerkt zu beeinflussen und in der Anordnung der Sitzungen selbst sowie der zu beratenden Gegenstände je nach Bedarf Beschleunigung herbeizuführen oder auch zu temporisiren. Die letzte Entscheidung in dieser Richtung bleibt zwar dem Plenum vorbehalten; in der Initiative aber, welche dem Präsidenten zusteht, liegt eine nicht zu unterschätzende Gewalt. Eine Versammlung entschließt sich immer nur schwer, selbst in nebensächlichen Dingen gegen seinen selbstgewählten Präsidenten zu stimmen.

In Parlamenten, wo es nur zwei Parteien giebt, eine Rechte und eine Linke, da fällt das Präsidium der jeweiligen Majoritätspartei zu. Je nach der Stärke der Minorität räumt man dieser wohl die erste oder zweite Vicepräsidentenstelle ein und überläßt ihr auch die Präsentation zu mehreren Schriftführernämtern.

Ein Präsident hat mit allen Parteien gleichmäßig zu verkehren, und deshalb bedarf es eines konstanten Wesens. Da jedoch diejenigen hervorragenden Parteiführer, welche an dem Parteienstreit häufig theilnehmen, leicht in die Lage kommen, hier oder dort persönlich anzuklopfen, so gelangen gemeinhin solche hervorragende Parteimitglieder in das Präsidium, deren Einfluß mehr „hinter den Coulissen“, d. h. in den Fraktionsitzungen sich geltend macht. Im anderen Falle könnte es leicht kommen — und dieser Fall ist ja schon dagewesen — daß ein von einer Fraktion präsentirter Präsidiums-kandidat von einer anderen Fraktion zurückgewiesen wird. Aus diesem Grunde geht der Präsidentenwahl eine Verständigung über die Personen der Candidaten voran. Es ist, namentlich für das Ansehen des ersten Präsidenten, erforderlich, daß er mit möglichst großer Stimmenzahl zu seinem verantwortungsreichen Amte berufen werde.

Bis jetzt nun hat es in Deutschland und in Preußen noch stets eine Partei gegeben, welche alle anderen an Zahl weit überragte und deshalb auf die erste Präsidentenstelle unbestrittenen Anspruch hatte. Den National-liberalen gehörte im Deutschen Reichstage und im Preussischen Abgeordnetenhaus das erste Präsidium, und in den Herren Simon, v. Forckenbeck und v. Bennigsen voten sich die geeignetsten, nach jeder Richtung best-qualifizirten Personen dar. In dem neuen Reichstage ist das schon fraglich, denn die Nationalliberalen bilden nicht mehr die stärkste Fraktion. Will man ihnen gleichwohl die erste Stelle belassen, so bedarf es dazu schon des Calcüls, daß die Nationalliberalen die ihnen verwandten liberalen Wilden, die Gruppe Löwe und die Fortschrittler mit in die Wagtschale werfen können, und daß sie dann an Zahl dem Centrum „über“ sind. Dieses Calcül ist nicht ohne einige Berechtigung; doch würde man es wahrscheinlich nicht anstellen, wenn nicht, wie im vorigen Artikel bereits angedeutet, aus besser verschwiegenen Gründen die unbedingte Absicht obwaltete, kein Centrumsmitglied zum ersten Reichstagspräsidenten zu wählen. Hieran trägt die Erbitterung des Culturkampfes die Schuld, eine Erbitterung, welche vielfach einen persönlichen Charakter angenommen hat. Es ist fast unbedingt erforderlich, daß der Reichstagspräsident persönliche Beziehungen zu der Reichsregierung unterhält; solche persönliche Beziehungen sind aber unmöglich, so lange die Reichsregierung dabei verharret, das Centrum als „reichsfeindlich“ zu bezeichnen.

Eine nach unserer Ansicht nicht zu billigende Con-nivenz der sogenannten reichsfreundlichen Parteien hat seit 1867 den Usus geschaffen, das Centrum aus dem Präsidium überhaupt auszuschließen, damit nicht etwa bei offiziellen Anlässen ein „Reichsfeind“ in die Nähe Allerhöchster Personen komme. Man braucht nur an die würdige Erscheinung des Herrn Reichensperger zu denken

— dies ist stets der Präsidialkandidat des Centrums gewesen —, um das Unstichhaltige solchen Einwandes zu erkennen.

Seit den Rißinger Verhandlungen hat die „Reichsfeindschaft“ ihre volle Glaubwürdigkeit eingebüßt, — denn mit „Reichsfeinden“ unterhandelt man nicht — und der Gedanke wird auch von anderer Seite nicht mehr so unbedingt perhorreszirt, einen Centrumsmann als ersten Vicepräsidenten des Reichstages zu setzen. Der drittstärksten Fraktion (den Deutschkonservativen) verbleibt dann die Besetzung der zweiten Vicepräsidentenstelle. Sollte man aber wider Erwarten dabei verharren, das Centrum bei der Präsidentenwahl zu ignoriren, so würden die Deutsch-Konservativen den ersten und die Freikonservativen den zweiten Vicepräsidenten stellen.

Zu dem Parlaments „Vorstande“ gehören neben den Präsidenten auch die Schriftführer, acht an der Zahl. Meist wählt man zu diesen arbeitsreichen Posten jüngere Männer, welche von den Fraktionen je nach Maßgabe ihrer numerischen Stärke präsentirt werden. Seltener Weise hat man hier das Centrum nie ignorirt, sondern dasselbe gebührend bedacht. Eine Art Ausgleich sah man wohl auch darin, daß man Centrumsmitgliedern das Quästorenamt (die Hauspolizei) übertrug, welches kaum jemals Aktualität gewinnt.

Politische Beobacht.

r. Memel, den 5. September.

In Deutschland haben sich die letzten Wahlgeplänkel abgepielt. Der Reichstag ist nun so ziemlich komplett und die Motive zur Hauptvorlage der Session zum Socialistengesetz sind bereits fertig gestellt. — Die Verhandlungen in Bezug auf den Deutsch-Oesterreich-Ungarischen Handelsvertrag, welche von anderer Seite als aus-sichtslos bezeichnet wurden, werden, wie uns von gut unterrichteter Seite gemeldet wird, im Laufe des nächsten Monats wieder aufgenommen werden. Wie man uns meldet, beginnt in Oesterreichisch-Ungarischen Kreisen sich die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß der Nachtheil, welcher durch ein Aufhören eines friedlichen Einvernehmens zwischen diesen beiden Staaten und dem Deutschen Reich und der Beginn eines Zollkrieges nicht bei Deutschland zu suchen sei; ja daß das Interesse der Deutschen Industrie viel eher darin zu suchen sei, auf dem bisher von der Deutschen Regierung eingenommenen Standpunkt zu beharren. Aus diesen Erwägungen sollen deshalb, und da von deutscher Seite ein weiteres Entgegenkommen bisher abgelehnt worden, Seitens der Oesterreichischen Regierung günstigere Propositionen gemacht sein.

Während Deutschland am 2. sein Sedanfest und Frankreich am 3., um diesem Concurrnz zu machen, sein Thiersfest feierte, hat Oesterreich noch immer trübe Tage. Die Insurrection hat sich neu gekräftigt, und, seitdem das Zustandekommen der Convention zwischen Oesterreich und der Türkei wieder unwahrscheinlich geworden ist, scheint die Pforte wieder mit aller List und Energie den Aufstand zu unterstützen. Ihn zu dämpfen ist sie nicht im Stande, ihn zu fördern, das vermag sie dagegen sehr gut. In Trebinje hat sich nun das Vorbild zum Widerstand gegen den Einzug der Oesterreicher vollzogen, genau so wie in Mostar und Serajewo. Der „Aufstand“ gegen die Türkischen Behörden und die reguläre Türkische Besatzung hat begonnen, bis die Oesterreicher nach Trebinje kommen, sind die regulären Türkischen Behörden besiegt, und die „Revolution“ nur stellt sich dem Einzug der Oesterreicher entgegen. Die Pforte ist daran unschuldig — Form und Schein sind gerettet. Ist doch von Mostar aus seiner Zeit gemeldet worden, einige Türkische Beamte und Offiziere wären von den Aufständischen getödtet und heute spazieren diese Getödteten gesund und munter in den Straßen umher. In Trebinje bereitet sich also ein energischer Widerstand gegen die Oesterreichische Okkupation vor. Hier und an manchen weiteren Plätzen jener Linie wird es noch zu blutigen Kämpfen zwischen den Oesterreichern und Insurgenten kommen. Die Wahlkämpfe, die eben in den Provinzen der Habsburgischen Monarchie zu toben beginnen, ziehen aus den

Kämpfen in Bosnien reichlich Nahrung und die Regierung muß sich manch herbes Wort gefallen lassen.

Unter den reactionären Parteien Frankreichs ist anlässlich der Zusammenstellung der Candidaten-Listen für die Senatorenwahlen abermals ein Conflict ausgebrochen. Von den 75 auscheidenden Senatoren gehören nämlich 55 den verschiedenen reactionären Gruppen und 41 von diesen speciell der royalistischen Partei an. Die Royalisten wollen selbstverständlich Alle wieder candidiren, während die Bonapartisten, da sie nach ihrer Behauptung die bedeutendste Majorität unter den reactionären Parteien haben, mindestens die Hälfte der Candidaturen für sich in Anspruch nehmen. Die Royalisten ihrerseits wollen indeß unter keiner Bedingung auf ihre Siege verzichten, und so wird es sich wohl ereignen, daß in manchen Departements zwei reactionäre Senats-Candidaten, nämlich ein Bonapartist und ein Royalist, vor die Wahlurne treten werden. Selbstverständlich werden die republikanischen Candidaten aus diesem Zwiste Vortheil ziehen.

Ueber die schon gemeldete Vergiftung des Sultans von Marokko, Sidi Muley Hassan, sind nun dem Correo Militar in Madrid und den Blättern Gibraltar's nähere Mittheilungen aus Tanger zugegangen. Denselben ist zu entnehmen, daß die Vergiftung das Werk mehrerer Großen des Reiches gewesen, welche den ihnen seiner liberalen Anschauungen und Bestrebungen wegen verhassten Herrscher aus dem Wege zu räumen hofften. Als der Sultan jüngst in dem nahe bei seiner zweiten Hauptstadt Marokko zusammengezogenen Lager campirte, ward ihm eines Abends das Marokkanische Nationalgericht „Auskus“, mit Arsenik gemengt, gereicht, von welchem er auch reichlich aß. Sidi Muley Hassan liegt nun in Marokko im Sterben. Nicht uninteressant dürfte es sein, nebenher zu erfahren, daß jetzt drei Deutsche Generalstabs-Offiziere das Kaiserthum Marokko durchreisen, zumal wenn man sich zugleich erinnert, daß der Ganlois vor einigen Wochen erst gemeldet, Deutschland habe in Marokko einen Küstenstrich zur Anlegung eines Kriegshafens erworben.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 3. September. Obwohl bereits die umfassendsten Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers in Kassel getroffen werden, scheint es zur Zeit noch zweifelhaft, ob der Monarch an den Herbstmanövern des 11. Armee-corps theilnehmen wird. Der Kaiser selbst wünscht dies allerdings, dagegen sollen die Aerzte Grund zu der Befürchtung haben, daß die übergroßen Anstrengungen, welche mit solchen Truppenmanövern verbunden sind und denen der Kaiser sich bei seinem lebhaften Interesse für die Ausbildung des Kriegsheeres nicht entzieht, leicht einen Rückgang zur Folge haben könnten, der auf den dauernden Gesundheitszustand des greisen Monarchen nicht ohne nachtheiligen Einfluß bleiben möchte.

Die Vorböten der Parlamentsession treffen nun allgemach und in täglich dichter werdenden Schaaren in Berlin ein. Die in Berlin domicilirnden Reichstags-Abgeordneten kehren allgemach heim aus den Bädern und von den Reisen, die Abgeordneten aus der Provinz, die neugewählten namentlich, kommen vielfach fürsorglich heute schon nach der Reichshauptstadt, um da ein wenig Umschau zu halten, das Terrain zu recognosciren, um sich hier einzurichten. Eine eigenthümliche Erscheinung tritt indeß hierbei zu Tage. Die Unentschiedenheit innerhalb der nationalliberalen Fraktion findet eine drastische Illustration in dem Verhalten vieler neugewählter Abgeordneten, die von der nationalliberalen Fraktion aufgestellt, von der nationalliberalen Partei im Wahlkampfe unterstützt worden waren. Es ist alter Brauch, daß bei einer neuen Legislaturperiode die neu hinzutretenden Abgeordneten sich irgendwie zu den Fraktionsvorständen oder Führern dieser Partei in Beziehung setzen, ihre Eintragung in die Fraktionsliste veranlassen. Das ist denn auch bei den anderen Parteien vollauf geschehen; die national-liberale Partei ist die einzige, in deren Liste eine ganze Reihe von Namen noch fehlen, die man der nationalliberalen Fraktion zuzuschreiben gewohnt ist und wohl auch mit Recht zuschreiben darf. Es gilt das sowohl von An-

